

# Mein NEWSLETTER aus Gemünden & Berlin

**Bernd Rützel**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Ausgabe 1 | Januar 2015

## IHNEN UND EUCH ALLEN EIN FROHES NEUES JAHR!

Jahreswechsel sind die Zeit der Rückblicke und Ausblicke. Und der guten Vorsätze natürlich.

Zurück blicke ich auf den folgenden Seiten auf meine Termine in Unterfranken und auf politische Entscheidungen in Berlin – ganz so wie in den bisherigen Newslettern auch. Hinzu kommt eine Übersicht über all das, was wir als SPD-Bundestagsfraktion im Jahr 2014 durchgesetzt haben. Hierzu gibt es auch meinen Klartext auf Seite 6.

Auch blicke ich nach vorne: Was ändert sich alles 2015 für die Bürgerinnen und Bürger? Eine Übersicht finden Sie auf Seite 6.

Herzliche Grüße und alles Gute für 2015!

*Bernd Rützel*

## FACEBOOK & DER BAUM



Auf mein selbst gemachtes Weihnachts-Foto aus Rieneck bekam ich auf facebook viele Rückmeldungen. Daher heute als „Zugabe“ ein zweites Motiv. Weihnachten ist zwar rum, aber ein schönes Foto ist immer schön. Wer mehr solcher Fotos sehen und Infos zu meiner Arbeit lesen möchte, sollte mir auf facebook folgen. Das geht auch ohne facebook-Zugang:

[www.facebook.com/  
BerndRuetzelMdB](http://www.facebook.com/BerndRuetzelMdB)

## INHALT

- 3 ... Rückblick auf 2014
- 6 ... Das ändert sich 2015  
Klartext
- 11 ... Lisas Post aus den USA
- 12 ... Berufliche Bildung stärken!
- 13 ... Migration: Fakten
- 14 ... doudrü g' hört geredt
- 15 ... Schnappschüsse,  
Rasselbande & Bentele

## KONTAKT

**Bürgerbüro Gemünden**  
Obertorstraße 13  
97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563  
Fax 09351 6058298  
[bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de](mailto:bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de)

**Büro Berlin**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel. 030 227 73434  
Fax 030 227 76433  
[bernd.ruetzel@bundestag.de](mailto:bernd.ruetzel@bundestag.de)

[www.bernd-ruetzel.de](http://www.bernd-ruetzel.de)

# Aus dem PARLAMENT



## EIN RÜCKBLICK, DER SICH SEHEN LASSEN KANN

Seit einem Jahr regiert die dritte Große Koalition. Es war nicht unsere Wunsch-Koalition, aber wir haben für die Bürgerinnen und Bürger das Beste daraus gemacht – was mit einem Wahlergebnis von 25,7 zu 41,5 Prozent so nicht von allen erwartet wurde.

Vor allem wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind der Motor in der Regierung. Wir setzen um, was wir im Koalitionsvertrag zugesagt haben. Insbesondere „mein“ Ausschuss für Arbeit und Soziales hatte mit neun Gesetzen die meiste Arbeit im vergangenen Jahr. Unsere Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles war fleißig und hartnäckig und wir im Ausschuss standen ihr bei der Umsetzung sozialdemokratischer Politik zur Seite. Ein klein wenig stolz auf das Geleistete bin ich schon.

Chronologisch stelle ich Ihnen und Euch hier dar, in welchem Zeitraum wichtige Vorhaben im Jahr 2014 vom Parlament beraten und beschlossen wurden:

### April/Mai

Beschäftigte, die mindestens **45 Jahre lang** in die **Rentenkasse eingezahlt** haben, können seit 1. Juli 2014 ab 63 Jahren **ohne Abschläge in Rente gehen**.

**Mütter**, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, bekommen jetzt monatlich bis zu **28,61 Euro mehr im Westen und bis zu 26,39 Euro mehr im Osten**, weil ihnen nun zwei Kindererziehungsjahre angerechnet werden. Alle, die seit 1. Juli 2014 in **Erwerbsminderungsrente** gehen mussten, erhalten mehr Geld, weil ihre Rente so berechnet wird, als hätten sie bis zum 62. Lebensjahr mit ihrem bisherigen Durchschnittslohn gearbeitet.

Das Budget für die **medizinische und berufliche Rehabilitation** haben wir um 233 Millionen Euro zusätzlich aufgestockt.

Die Bundesregierung muss nun das Parlament erheblich schneller und



umfassender über genehmigte **Rüstungsexporte** informieren. Genehmigungen werden restriktiver: **Rüstungsexporte in Krisenregionen aus wirtschaftlichem Interesse wird es nicht mehr geben.**

### Mai/Juni

Mit der **Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG)** haben wir die Energiewende neu gestartet. Ein Ziel ist, den **Strompreis stabil zu halten**. Dazu wurden Überförderungen abgebaut. Gefördert werden nun vor allem kostengünstige Energielieferanten wie Windparks an Land und Photovoltaikanlagen.

Betreiber neuer Anlagen erhalten nun ca. 12 Cent pro Kilowattstunde. Bis 2025 sollen die erneuerbaren Energien einen Anteil von bis zu

# Aus dem PARLAMENT



45 Prozent an der Stromversorgung haben. Damit die Kosten gerechter verteilt werden, muss auch die Eigenstromerzeugung einen Anteil der EEG-Umlage tragen. Zudem haben wir die „Besonderen Ausgleichsregelungen“ für die stromintensive Industrie zur **Befreiung von der EEG-Umlage** europarechtskonform gestaltet. Außerdem müssen Betreiber größerer Anlagen künftig ihren Strom direkt vermarkten. Ab 2017 soll die Förderung über Ausschreibungen ermittelt werden.

Der Beitragssatz für die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) sinkt ab 1. Januar 2015 von 15,5 Prozent auf 14,6 Prozent. Damit zahlen Beschäftigte und Arbeitgeber künftig jeweils 7,3 Prozent. Die einkommensunabhängige und **sozial ungerechte kleine Kopfpauschale wird abgeschafft**. Wenn eine Kasse mit dem Beitragssatz von 14,6 Prozent nicht zurechtkommt, kann sie von den Versicherten einen kassenindividuellen, einkommensabhängigen Zusatzbeitrag erheben.

**Eingetragene Lebenspartnerschaften** haben wir in der **Steuerpolitik** und bei der **Sukzessivadoption** – Lebenspartnerinnen und Lebens-



partner können die adoptieren Kinder ihres Partners bzw. ihrer Partnerin adoptieren – **gleichgestellt**.

## Juni/Juli

Für alle volljährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland gilt ab 1. Januar 2015 der **gesetzliche, flächendeckende Mindestlohn von 8,50 Euro**. Bis Ende 2016 gibt es eine Einführungsphase, in der aber vereinbarte Branchenmindestlöhne gelten.

Zum 1. Januar 2017 soll der Mindestlohn erstmalig durch die Tarifpartner angepasst werden. Ab 1. Januar 2017 erhalten dann alle Beschäftigten in Deutschland mindestens 8,50 Euro pro Stunde. Ausnahmen gelten für Langzeitarbeitslose in den ersten

sechs Monaten nach Arbeitsaufnahme, für Azubis und bestimmte Praktika. Außerdem stärken wir die Tarifbindung in Deutschland, weil es nun leichter ist, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären. Das Arbeitnehmer-Entsendegesetz haben wir auf alle Branchen ausgedehnt.

Die Optionspflicht für Kinder ausländischer Eltern entfällt seit 20. Dezember. Nun gibt es für Kinder ausländischer Eltern, die hier geboren und aufgewachsen sind, den **Doppelpass**. Das heißt, sie können sowohl die deutsche als auch die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern behalten und müssen sich nicht mehr für eine entscheiden.

# Aus dem PARLAMENT



## Juli/Oktober

**Pflegebedürftige** erhalten **bessere Leistungen**. Erstmals wird dabei die Preisentwicklung der letzten drei Jahre berücksichtigt. Die Leistungen in der häuslichen Pflege werden deutlich verbessert und flexibilisiert. Den **Angehörigen** wird durch Verbesserungen im Bereich der Kurzzeit und Verhinderungspflege sowie der Tages- und Nachtpflege **geholfen**.

Außerdem werden die **Leistungen für Demenzkranke verbessert**. Zudem wird in stationären Einrichtungen die Einstellung von zusätzlichen 45.000 Betreuungskräften ermöglicht. Am 1. Januar 2015 tritt das Gesetz in Kraft, und der Beitragssatz zur Pflegeversicherung wird um 0,3 Prozentpunkte angehoben, um die Verbesserungen zu finanzieren.

Außerdem haben wir die **Zahlung von Tariflöhnen** in Einrichtungen der Pflege **gestärkt**.

**Folge mir auf facebook  
(auch ohne facebook-Konto!):  
[www.facebook.com/  
BerndRuetzelMdB](http://www.facebook.com/BerndRuetzelMdB)**



## September/November

Wenn Eltern in Teilzeit arbeiten, dann können sie künftig mit dem **ElterngeldPlus** doppelt so lange Elterngeld beziehen, und zwar bis zu 28 Monate.

Nochmal vier Monate obendrauf gibt es, wenn beide Elternteile gleichzeitig 25 bis 30 Stunden pro Woche arbeiten, um sich die Familien- und Erwerbsarbeit zu teilen.

Darüber hinaus können Eltern ab Juli 2015 zwischen dem dritten und dem achten Geburtstag ihres Kindes 24 Monate Elternzeit nehmen und sie flexibler aufteilen.

## Oktober/November

Die **BAföG-Sätze** werden ab **Wintersemester 2016** um sieben Prozent **erhöht**. Rund 110.000 zusätzliche Studierende sowie Schülerinnen und Schüler erhalten BAföG, weil die Einkommensfreibeträge angehoben werden.

Außerdem **übernimmt der Bund** bereits ab 2015 die **BAföG-Kosten** vollständig, was die Länder auf Dauer um etwa 1,17 Milliarden Euro entlastet. Die dadurch freiwerdenden Gelder sollen in Kitas, Schulen und Hochschulen investiert werden. Und auch der Bund fördert Kitas und Schulen mit zusätzlich 750 Millionen Euro.

# Aus dem PARLAMENT



Bis 2020 unterstützt er mit 10 Milliarden Euro den Hochschulpakt für mehr Studienplätze.

**3 Milliarden Euro** zusätzlich stellt der Bund für die **Innovationspolitik** und zur Fortsetzung des **Paktes für Forschung und Innovation** sowie für die Exzellenzinitiative bereit. Durch eine Grundgesetzänderung wurde ein Teil des **Kooperationsverbotes gestrichen**. Das bedeutet, dass der Bund jetzt dauerhaft Hochschulen fördern kann.

## November

Mit dem **Bundshaushalt 2015** haben wir seit 46 Jahren wieder einen **ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden** beschlossen. Gleichzeitig **investieren wir in die Zukunft** unseres Landes.

Am 13. November hat der Bundestag in 1. Lesung über die **Mietpreisbremse** beraten. Bei Wiedervermietung in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt darf die Miete **künftig nur noch zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete** liegen. Diese Gebiete legen die Länder jeweils für fünf Jahre fest. Zudem muss künftig derjenige, der den Makler beauftragt, auch die Maklerkosten bezahlen. Das Gesetz

soll in der ersten Jahreshälfte 2015 beschlossen werden.

## November/ Dezember

Damit alle Flüchtlinge menschenwürdig aufgenommen werden, helfen wir den Kommunen beim Bau von Unterkünften. Die **Bearbeitungszeit für Asylanträge soll durch mehr Personal auf drei Monate sinken**.

Künftig können **Asylbewerber** schon nach **drei** statt nach zwölf Monaten **eine Arbeit aufnehmen** und sich und ihre Familien versorgen. Die Bewegungsfreiheit für Asylbewerber wird erhöht, in dem die **Residenzpflicht aufgehoben** wird. Die Leistungen für Asylbewerber werden an das aktuelle Preisniveau angepasst. **Geldleistungen erhalten Vorrang vor Sachleistungen**.

Deutschland ist als **Gesprächs- und Vermittlungspartner** in den Krisen und Konflikten der Welt gefragt wie nie. Wir setzen uns engagiert dafür ein, dass Konflikte wie in der Ukraine oder im Nahen Osten politisch ohne



Waffen gelöst werden. Dem Nordirak, wo die IS-Terrorherrschaft wütet, galt es, durch umfangreiche humanitäre sowie militärische Hilfe beizustehen.

Mit dem Gesetz zur **besseren Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf** erhalten pflegende Angehörige ab 1. Januar 2015 mehr Rechte und Flexibilität

## Außerdem haben wir 2014 Folgendes auf den Weg gebracht:

>> Wir bringen den Klimaschutz voran. Mit dem **Aktionsplan Klimaschutz** und einem **nationalen Aktionsplan Energieeffizienz** wollen wir den Treibhausgasausstoß auf 40 Prozent der Emissionen von 1990

# Aus dem PARLAMENT



reduzieren. >> Wir haben fraktionsübergreifend einen **NSA-Untersuchungsausschuss** eingesetzt. >> Die **Städtebauförderung** wurde auf 700 Millionen Euro pro Jahr erhöht. >> Die EU-Mitgliedstaaten können **Anbauverbote für gentechnisch veränderte Pflanzen** erlassen. Damit wird es keine grüne Gentechnik in Deutschland geben. >> In der **Digitalen Agenda 2014 bis 2017** werden die digitalen Vorhaben der Koalition zusammengefasst – wichtigster Punkt ist **der Breitbandausbau**. >> Mit einem Maßnahmenpaket haben wir abgesichert, dass Versicherte die garantierten Leistungen ihrer **Lebensversicherung** erhalten. >> Wir haben die **strafbefreiende Selbstanzeige** verschärft und bekämpfen die **Steuerflucht** durch einen automatischen Informationsaustausch ab 2017. >> Mit der europäischen **Bankenabwicklung** schützen wir die Steuerzahler. >> Außerdem schützen wir Kinder und ihre Rechte, indem wir das Herstellen, Verbreiten und den Besitz so genannter **Posing-Bilder** strafbar machen. >> Rechtssicherheit für Bildungseinrichtungen haben wir beim **Urheberrecht** geschaffen. >> Wir haben die **Bestechung von Abgeordneten** strafbar gemacht, >> mehr Gerechtigkeit bei **Ghetto-Renten** erreicht, >> >> die **Künstlersozialversicherung**

**stabilisiert**, >> eine **Endlagersuchkommission** eingesetzt, >> mehr **Umweltschutz in der Landwirtschaft** durchgesetzt >> und die **Abhängigkeit von Ratings** auf den Finanzmärkten verringert.

Das Arbeits-Motto der Fraktion lautet „**Gesagt. Getan. Gerecht.**“. Ich finde, das passt richtig gut auf 2014. Und ich bin stolz, ein Teil dieser Fraktion sein zu dürfen. Wir haben viel erreicht, auch wenn es noch Baustellen gibt, die wir 2015 angehen müssen. Darüber schreibe ich dann in den kommenden Ausgaben meines Newsletters.

## 2015: DAS ÄNDERT SICH

Erstmals gilt ab dem 1. Januar ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro. Der Rentenbeitragssatz sinkt um 0,2 Prozent. Wer in eine andere Stadt oder in ein anderes Bundesland zieht, kann künftig sein altes Kfz-Kennzeichen behalten. Der Bund übernimmt das Bafög vollständig: Eine Übersicht, was sich alles im neuen Jahr ganz konkret ändert, finden Sie auf den folgenden Seiten.

## KLARTEXT

### BESSER ALS OPPOSITION!

Mir ist schon klar, wie die Reaktionen auf die Jahresbilanz der SPD-Fraktion ausfallen werden: Wir Abgeordnete bekommen statt ein klein wenig Lob eine wohlgemeinte Liste dessen, was wir alles nicht geschafft haben in dieser ungeliebten Koalition. Es ist gut, dass wir nie zufrieden sind mit dem Erreichten. Das macht die SPD auch stark. Aber es wäre auch mal angebracht, sich die Alternative vor Augen zu führen.

Eine Koalition mit der Linken auf Bundesebene geht noch nicht, insbesondere in der Außenpolitik. Das haben die Krisen 2014 gezeigt. Wir brauchen eine verlässliche Regierung. Das geht mit der innerlich zerrissenen Linken nicht. Und was wäre, wenn es Neuwahlen gegeben hätte? Vielleicht Schwarz-Grün. Gäbe es dann den Mindestlohn, die Rente mit 63, ... Ich glaube nicht.

Fakt ist doch: Wenn die SPD regiert, geht es den Menschen besser. Und nur darum geht es!

# Aus dem PARLAMENT



## Ab 01.01.: 8,50 Euro Mindestlohn

Mit Jahresbeginn gilt für alle Arbeitnehmer und Branchen der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro. Für einige Branchen mit besonderen Bedingungen gibt es Übergangsregelungen, wenn dies tarifvertraglich bundesweit vereinbart ist. Spätestens ab 1. Januar 2017 gilt der Mindestlohn von 8,50 Euro für alle Branchen. Außerdem wird es künftig einfacher sein, Tarifverträge nach dem Tarifvertragsgesetz für allgemeinverbindlich zu erklären. So werden wieder mehr Menschen von guten Tarifverträgen der Gewerkschaften profitieren und in tarifgebundenen Betrieben bessere Arbeitsbedingungen erhalten. Das bewährte Tarifvertragssystem und die Flächentarife werden gestärkt. Die Höhe des Mindestlohns wird künftig alle zwei Jahre von einer Kommission aus Gewerkschaften und Arbeitgebern überprüft und ggf. angepasst.

## Ab 01.01.: Pflegemindestlohn steigt

Ab sofort steigt der Pflegemindestlohn auf 9,40 Euro pro Stunde im Westen und 8,65 Euro im Osten.

In zwei Schritten wird er dann bis Januar 2017 auf 10,20 Euro pro Stunde im Westen und 9,50 Euro im Osten angehoben. Ab 1. Oktober 2015 sollen zusätzlich auch die Betreuungskräfte von dementen Personen in Pflegebetrieben, Alltagsbegleiterinnen und Alltagsbegleiter sowie Assistenzkräfte vom Mindestlohn profitieren.

Regelbedarfsstufen in der Grundsicherung 2015 in Euro:

Stufe 1: 399	Stufe 2: 360
Stufe 3: 320	Stufe 4: 302
Stufe 5: 267	Stufe 6: 234

## Ab 01.01.: Rentenbeitragsatz sinkt

Ab sofort liegt der Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung bei 18,7%. Aufgrund der guten Finanzlage der Rentenkasse konnte er um 0,2% gesenkt werden.

## Ab 01.01.: Rente mit 67 – Renteneintritt vier Monate später

Seit 2012 steigt schrittweise die Regelaltersgrenze für die Rente. Wer 1950 geboren ist

und 2015 in den Ruhestand geht, muss vier Monate über seinen 65. Geburtstag hinaus arbeiten. Dann gibt es die Rente ohne Abschlag.

## Ab 01.01.: Neue Beitragsbemessungsgrenzen in den Sozialversicherungen

Es steigt die Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung West von 5.950 Euro in 2014 auf 6.050 Euro im Monat. Die Beitragsbemessungsgrenze Ost steigt von 5.000 Euro in 2014 auf 5.200 Euro.



DIE SPD REGIERT. DAS LAND KOMMT VORAN.

## Ab 01.01.: Höhere Regelsätze für die Grundsicherung

Ab 1. Januar 2015 erhöhen sich die Regelbedarfsstufen um 2,12 Prozent: für das Arbeitslosengeld II (Hartz IV), die Sozialhilfe und für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Ein alleinstehender Erwachsener erhält jetzt 399 Euro im Monat, acht Euro mehr als 2014. Auch die Grundsicherung für Kinder und Jugendliche steigt.

# Aus dem PARLAMENT



## **Ab 01.01.: Neues Pflegezeitgesetz**

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nahe Angehörige pflegen, haben künftig einen Rechtsanspruch auf zehn freie Arbeitstage im Jahr. Dafür erhalten sie vom Staat Lohnersatzleistungen – wie etwa beim Kinderkrankengeld. So können sie sich die Zeit nehmen, um alle notwendigen Schritte einzuleiten, wenn Angehörige plötzlich pflegebedürftig werden. Darüber hinaus erhalten pflegende Angehörige einen Rechtsanspruch darauf, ihre Arbeitszeit bis zu zwei Jahre deutlich zu reduzieren, ohne dies individuell mit dem Arbeitgeber aushandeln zu müssen. Wenn sterbende Angehörige betreut werden müssen (z. B. in einem Hospiz), können sie ihre Arbeitszeit für den Zeitraum von drei Monaten reduzieren.

## **Ab 01.01.: 1. Pflegestärkungsgesetz**

Mit dem 1. Pflegestärkungsgesetz erhalten Pflegebedürftige, Demenzerkrankte und pflegende Angehörige deutlich bessere Leistungen. Für Pflegebedürftige stehen 2015 rund 2,4 Milliarden Euro mehr zur Verfügung. Mit den zusätzlichen Mitteln werden unter anderem die häusliche Pflege gestärkt und die Betreuung in den Pflegeheimen, Wohngruppen und Wohngemeinschaften verbessert.

## **Ab 01.01.: Neue GKV-Pflichtgrenze**

Die Versicherungspflichtgrenze in der Gesetzlichen Krankenversicherung erhöht sich 2015 auf 54.900 Euro jährlich (2014: 53.550 Euro). Wer mit seinem Einkommen über dieser Grenze liegt, kann eine private Krankenversicherung abschließen.

## **Ab 01.01.: Krankenversicherungsbeiträge**

Der Beitragssatz für die Gesetzlichen Krankenkassen wird auf 14,6 Prozent in dieser Wahlperiode festgeschrieben. Arbeitnehmer und Arbeitgeber zahlen jeweils 7,3 Prozent. Wenn eine Krankenkasse mehr als die gesetzlich festgelegten Beiträge benötigt, kann sie einkommensabhängige Zusatzbeiträge von ihren Mitgliedern erheben.

## **Ab 01.01.: Elektronische Gesundheitskarte Pflicht**

Ab 1. Januar 2015 ist die neue elektronische Gesundheitskarte mit Foto Pflicht. Zunächst sind nur Name, Geburtsdatum, Anschrift sowie Angaben zur Krankenversicherung gespeichert. Später sollen weitere Informationen, wie Vorerkrankungen, Bereitschaft zur Organspende, Medikamente und elektronische Patientenakte, hinzukommen.

Jeder Versicherte kann selbst entscheiden, ob und in welchem Umfang er davon Gebrauch machen möchte. Die Anwendungen der Karte müssen sich in Praxistests bewähren. Die Daten müssen sicher sein.

## **Ab 01.01.: Weitere Berufskrankheiten anerkannt**

Ab sofort sind vier weitere Berufskrankheiten anerkannt: „Weißer Hautkrebs“ oder seine Vorstufen, Kehlkopfkrebs, das Carpal-Tunnel-Syndrom (Druckschädigung eines Unterarmnervs), das Hypothenar-Hammer-Syndrom und das Thenar-Hammer-Syndrom (Gefäßschädigungen der Hand durch stoßartige Krafteinwirkung). Wenn diese Erkrankungen diagnostiziert werden, gibt es den Anspruch auf Heilbehandlung aus der gesetzlichen Unfallversicherung. Bei Arbeitsunfähigkeit oder dauerhafter Erwerbsminderung können auch Ansprüche auf Geldleistungen bestehen.

## **Ab 01.01.: Kampf gegen Steuervergehen**

Der Druck auf Steuerhinterzieher wird erhöht. Die Selbstanzeige bei Steuervergehen, die Hintertürchen zur Strafvermeidung ermöglicht, wird deutlich verschärft. Sie wirkt



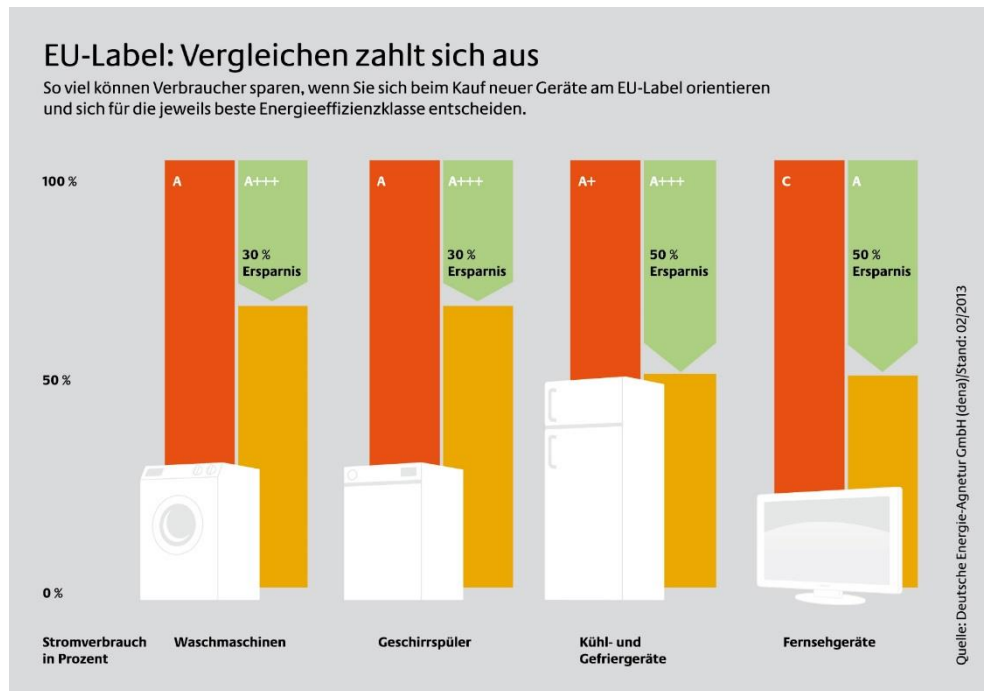
# Aus dem PARLAMENT



nur noch dann komplett strafbefreiend, wenn die Summe der hinterzogenen Steuern 25.000 Euro (bislang 50.000 Euro) nicht übersteigt. Bei höheren Hinterziehungsbeträgen gibt es Strafzuschläge: bis 100.000 Euro hinterzogener Steuern zehn Prozent, zwischen 100.000 und einer Million Euro 15 Prozent und bei Beträgen über einer Million Euro 20 Prozent. Der Berichtigungszeitraum für die Steuerangaben verdoppelt sich von fünf auf zehn Jahre. Um anerkannt zu werden, muss die Selbstanzeige rechtzeitig gestellt werden und vollständig sein.

## Ab 01.01.: Doppelte Staatsangehörigkeit

Bereits seit Ende 2014 müssen sich Kinder ausländischer Eltern, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, nicht mehr zwischen der deutschen Staatsbürgerschaft und der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern entscheiden. Dies gilt für alle, die sich vor ihrem 21. Geburtstag mindestens acht Jahre in Deutschland aufgehalten oder sechs Jahre in Deutschland eine Schule besucht haben. Die Optionspflicht entfällt auch für diejenigen, die über einen in Deutschland erworbenen Schulabschluss oder eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen. Bislang mussten sich die Jugendlichen mit



Eintritt in die Volljährigkeit zwischen der deutschen und der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern entscheiden.

## Ab 01.01.: Bankenunion schützt Steuerzahler

Bislang haben Staaten zahlreiche Banken vor dem Bankrott bewahrt. Nur so ließ sich ein Zusammenbruch des Finanzsektors mit unabsehbaren Konsequenzen für die Wirtschaft verhindern. Damit in Zukunft nicht mehr die Steuerzahler für die Fehler der Banken bezahlen, haben die EU-Mitgliedstaaten eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, die in Deutschland am 1. Januar 2015 in Kraft getreten sind.

## Ab 01.01.: EU-Energielabel auch beim Online-Kauf Pflicht

Ab Januar 2015 gelten für den Online-Handel mit Elektrogeräten strengere Regeln. Online-Shops müssen dann auch das EU-Energielabel mit Etikett und Datenblatt in die Produktinformation aufnehmen. Das gilt zunächst für Kühlgeräte, Geschirrspüler, Waschmaschinen, Wäschetrockner, Raumklimageräte, Fernseher, Staubsauger, elektrische Lampen und Leuchten. Die Pflicht wird schrittweise auf andere Gerätegruppen ausgedehnt.

## Ab 01.01.: Austauschpflicht für alte Heizgeräte

Ab dem 1. Januar 2015 dürfen Heizgeräte, die vor dem 1. Januar 1985

# Aus dem PARLAMENT



eingebaut oder aufgestellt worden sind, nicht mehr betrieben werden. Das gilt für Heizkessel, die Erdgas, Heizöl oder Strom nutzen, um Wärme zu erzeugen. Von dieser Regelung nicht betroffen sind Brennwertkessel und Niedertemperaturheizkessel. Eine weitere Ausnahme gilt für Heizkessel in Häusern, in denen der Eigentümer bereits vor Februar 2002 gewohnt hat.



**#1gutesJahr**

**DIE SPD REGIERT. DAS LAND KOMMT VORAN.**

## **Ab 01.01.: EEG-Umlage sinkt**

Der Beitrag für Ökostrom, die sogenannte „EEG-Umlage“ (Erneuerbare-Energien-Umlage), sinkt 2015 auf 6,17 Cent pro Kilowattstunde. 2014 betrug sie 6,24 Cent. Die Umlage ist Teil des Strompreises und fördert Anlagen, die aus Wind, Wasser und Sonne Strom produzieren. Die entstehenden Kosten werden über die EEG-Umlage auf die Stromkunden verteilt.

## **Ab 01.01.: Stromverbrauch von Kaffeemaschinen senken**

Ab dem 1. Januar 2015 werden Haushalts-Kaffeemaschinen, die neu in den Handel kommen, weniger Energie verbrauchen. Denn sie gehen automatisch – je nach Gerätetyp – nach fünf bis 40 Minuten aus. Nach Berechnungen der EU lassen sich so bis zu zehn Euro im Jahr in jedem Haushalt sparen.

## **Ab 01.01.: Stromverbrauch von Haushaltsbacköfen und Dunstabzugshauben senken**

Auch neue Haushaltsbacköfen und Dunstabzugshauben dürfen ab dem 1. Januar 2015 nur noch mit dem EU-Energielabel in den Handel. Die entsprechende EU-Verordnung dazu ist bereits am 20. Februar 2014 in Kraft getreten. Dabei gilt: Haushaltsbacköfen müssen ab 20. Februar 2015 mindestens die Energieeffizienzklasse C aufweisen, ab 2016 mindestens B und ab 2019 mindestens A. Für Dunstabzugshauben gilt: Sie müssen ab 2015 mindestens die Energieeffizienzklasse F, ab 2017 mindestens E und ab 2019 mindestens D erreichen.

## **Ab 01.03.: Energetische Gebäudesanierung: Zuschüsse für Vor-Ort-Beratungen**

Die Bundesregierung gibt Bürgerinnen und Bürger mit zahlreichen Beratungs- und Förderprogrammen Tipps zum effizienteren Umgang mit Energie. Ab 1. März 2015 können Haus- und Wohnungseigentümer für die Energieberatung einen Zuschuss in Höhe von 60 Prozent der förderfähigen Beratungskosten erhalten: maximal 800 Euro bei Ein- und Zweifamilienhäusern und maximal 1.100 Euro bei Wohnhäusern mit mindestens drei Wohneinheiten.

**Folge mir auf facebook  
(auch ohne facebook-Konto!):  
[www.facebook.com/  
BerndRuetzelMdB](http://www.facebook.com/BerndRuetzelMdB)**

# Aus dem PARLAMENT



Ein Jahr in den USA leben, studieren und arbeiten – diese spannende und einzigartige Kombination bietet das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP). In 2014 mit dabei: Lisa Bonengel aus Wiesthal.

## LISAS POST AUS DEN USA

**2014** ist vorbei und somit auch meine ersten fünf Monate hier in den USA. Ich hatte bisher eine unglaublich aufregende Zeit, die ich so schnell nicht mehr vergessen werde und ich freue mich schon riesig auf das, was noch vor mir liegt. Das Weihnachtsfest haben wir hier sehr traditionell bei einem Lichtergottesdienst am Weihnachtsabend und einem leckeren Frühstück am Morgen des 25. Dezembers gefeiert. Dazu gab es natürlich auch Geschenke in den über dem Kamin hängenden Weihnachtsstrümpfen, die laut dem Weihnachtsgedicht „’Twas the Night before Christmas“ von Santa Claus

und seinen Rentieren in der Nacht zuvor gebracht wurden. Um den kalten Temperaturen des Mittleren Westens zu entfliehen, haben wir das neue Jahr in Florida etwas "deutsch" mit "Dinner for One", Feuerwerk und Sekt eingeläutet. Ich hoffe, dass auch Ihr schöne Feiertage hattet und Ich wünsche Euch ein glückliches, gesundes und erfolgreiches neues Jahr 2015!

**2014** has come to an end as well as my first five months in the USA. It has been an incredibly exciting time that I will not soon forget, and of course I'm looking forward immensely to what lies ahead of me.



This Christmas we celebrated traditionally by attending a candlelight church service on Christmas Eve, and on the morning of December 25th we enjoyed a delicious breakfast. There were gifts in the Christmas stockings hanging above the fireplace that were placed on the night before Christmas, according to the Santa Claus and his reindeer in the poem "’Twas the Night Before Christmas." To escape the cold temperatures of the Midwest, we celebrated New Years Eve in Florida the German way with "Dinner for One", fireworks and champagne. I hope that you all had lovely holidays and I wish you a happy, healthy and successful new year 2015!



# Aus dem PARLAMENT



## ALLIANZ FÜR AUS- UND WEITERBILDUNG

Die Allianz für Aus- und Weiterbildung ist ein durch und durch sozialdemokratisches Projekt: Die berufliche Bildung und ihr Herzstück, das duale Ausbildungssystem, sind der Garant unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, das Rückgrat unseres Fachkräftenachwuchses und vor allem die beste Versicherung gegen Jugendarbeitslosigkeit.

Es freut mich außerordentlich, dass mit der Einigung Mitte Dezember auf eine „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ der wichtigste Baustein unseres Koalitionsvertrages im Bereich der beruflichen Bildung auf den Weg gebracht ist.

**Im Mittelpunkt stand und steht für uns das Versprechen auf eine „Ausbildungsgarantie“, d.h. wir wollen erreichen, dass am Ende kein junger Mensch, der das Potenzial hat und diesen Weg gehen will, ohne eine qualifizierte Ausbildung bleibt.**

Dieses Versprechen wollen wir mit der Allianz einlösen. Sigmar Gabriel und Andrea Nahles haben mit der Einigung vom 15. Dezember den ersten Schritt erfolgreich umgesetzt.

## DIE AUSBILDUNGSPLATZGARANTIE KOMMT

- ✓ SICHERE PERSPEKTIVEN  
FÜR JÄHRLICH 500.000 JUGENDLICHE
- ✓ STÄRKUNG DER  
BERUFLICHEN AUSBILDUNG

Die Einigung zur Allianz für Aus- und Weiterbildung ist eine hervorragende Grundlage, um unsere drei Kernziele für die berufliche Ausbildung im Koalitionsvertrag mit Leben zu erfüllen:

>> Kein ausbildungswilliger und -fähiger junger Mensch bleibt ohne einen individuellen „Pfad“ zu einer vollqualifizierenden Ausbildung. Das meinen wir, wenn wir von „Ausbildungsgarantie“ sprechen.

>> **Die Wirtschaft nehmen wir wieder stärker in die Pflicht.** Sie legt sogar eine Kehrtwende hin und weitet erstmals seit Jahren ihr Engagement in der betrieblichen Ausbildung wieder nachprüfbar aus.

>> Die Herausforderungen auf dem Ausbildungsmarkt werden von

Bund, Ländern und den Sozialpartnern endlich in einem übergreifenden Konzept und gemeinsam angegangen.

**Wir beenden damit das Stückwerk, das jahrelang eine bessere Ausbildung für alle verhindert hat.**

Zusammen mit der Wirtschaft sind viele Punkte auf den Weg gebracht worden, damit kein junger Mensch mehr verloren geht. Was mir besonders wichtig war und ist: Die Berufsorientierung soll ausdrücklich auch auf Jugendliche mit Behinderungen ausgerichtet werden, um die in der beruflichen Bildung bestehenden inklusiven Potenziale auf gesellschaftliche Teilhabe und Integration sowie eine selbstbestimmte Lebensführung zu nutzen.

# Aus dem PARLAMENT



## MIGRATION: FAKTEN STATT VORURTEILE

Wenn Migranten mit der Hoffnung auf ein besseres Leben zu uns kommen, dann ist das eine große Chance für unser Land. Wir brauchen Zuwanderung, allein schon, um Fachkräftemangel zu vermeiden und um die Rentenversicherung nachhaltig zu stabilisieren.

**Jeder Ausländer zahlt durchschnittlich 3.300 Euro im Jahr mehr Steuern und Sozialabgaben in Deutschland ein, als an Transferleistungen an Ausländer gezahlt werden. Zuwanderung ist für Deutschland wie für Bayern – nicht nur finanziell – ein Gewinn.**

Die meisten Zuwanderer nach Deutschland kommen keineswegs aus muslimisch geprägten Ländern, sondern aus Polen. Zwei Drittel der Neuzuwanderer kommen aus der Europäischen Union zu uns. Mehr Menschen wandern aus Deutschland in die Türkei als umgekehrt. Fast jeder zweite Neuzuwanderer verfügt über einen Hochschul-, Meister- oder Technikerabschluss. Die meisten Flüchtlinge kommen mit ihren Kindern aus Syrien und brach-

ten sich vor der Gewalt des „Islamischen Staats“ in Sicherheit. Darunter sind Ärzte, Lehrerinnen, Handwerker und Landwirte, die nur knapp dem Tod entkommen sind.

**Es ist abwegig, syrischen Flüchtlingen, die islamisch verbrämtem Terror entkommen sind, nun eine Islamisierung Deutschlands zu unterstellen, wie es PEGIDA macht.**

Wenn Flüchtlingsunterkünfte brennen, dann muss das ein Weckruf sein. Ein Weckruf dafür, sich nicht einfach gestrickten Vorurteilen hinzugeben oder dafür Verständnis zu signalisieren, sondern sich den Vorurteilen entgegenzustellen.

Weitere Infos und die Studie der Bertelsmann-Stiftung „Der Beitrag von Ausländern und künftiger Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt“ finden sich hier:

[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

## DR. BURKARD BEI EMPFANG IN BERLIN

Anlässlich des Internationalen Tages der Migranten fand am 19.12. im Berliner Auswärtigen Amt ein Empfang statt.

Wir Abgeordnete durften Personen benennen, die sich in unseren Wahlkreisen ehrenamtlich und vorbildlich für Flüchtlinge vor Ort engagieren. Ich dachte gleich an Dr. Hermann Burkard, der das Netzwerk Asyl e.V. ins Leben gerufen hat und in der Gemündener Gemeinschaftsunterkunft sehr aktiv ist.

Dr. Burkard erhielt eine Einladung der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Aydan Özoguz. Für mich ist es wichtig, dass Menschen gewürdigt werden, die sich aus christlichen, humanitären oder politischen Gründen um Flüchtlinge kümmern, damit sie in Deutschland – fern der Heimat, die sie aus Not verlassen haben – zurechtkommen. Der Empfang im Welsaal des Auswärtigen Amtes war ein kleines bisschen Anerkennung für großartiges Engagement!



Dr. Hermann Burkard mit Aydan Özoguz

Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



## DOUDRÜ G'HÖRT GEREDT: STERBEHILFE

Bei der ersten Gesprächsrunde „doudrü g'hört geredt“, zu der ich Mitte Dezember in mein Büro eingeladen hatte, waren sich die Teilnehmer schnell einig: „Sterbebegleitung“ sei ein besseres Wort als „Sterbehilfe.“ Mit am „Büro-Stammtisch“ saßen und diskutierten: der evangelische Pfarrer Thomas Schweizer, der katholische Diakon Heribert Ranff, das Ärztteehepaar Ingrid und Wilhelm Glück aus Karlstadt sowie Notar Dr. Klaus Hohmann und die Pflegedienstleiterin der Gemündener Caritas-Sozialstation Hildegard Müller.

Zur Einführung berichtete ich kurz über die viereinhalbstündige erste Debatte im Deutschen Bundestag, die meiner Meinung nach eine Sternstunde des deutschen Parlamentarismus war.

**Bisher liegen uns Abgeordneten fünf parteiübergreifende Konzepte vor, über die wir Ende dieses Jahres abstimmen sollen. Vier Gruppen aus den Reihen meiner Kolleginnen und Kollegen lehnen eine kommerzielle Sterbehilfe ab, eine Gruppe spricht sich dafür aus.**



Ich nutzte das Gespräch, um mir mithilfe der Erfahrungen meiner Gesprächspartner meine Meinung zu diesem schwierigen Thema zu bilden. Meine Gäste tauschten aber nicht nur ihre Argumente und Erfahrungen aus ihrer Arbeitspraxis aus, es kamen auch viele sehr persönliche Erlebnisse zur Sprache.

Und weil es mehr die Angst vor Schmerzen ist als vor dem Tod selbst, was die Menschen quält, waren wir uns schnell einig: Die Palliativmedizin muss weiter ausgebaut werden! Wichtig ist dabei auch, die Angehörigen nicht zu vergessen.

Die gegenwärtige Rechtslage habe sich weitgehend bewährt, könne seit Jahrzehnten als verhältnismäßig liberal angesehen werden und werde oft unterschätzt. Er persönlich sehe wenig Handlungsbedarf, was die Gesetzeslage betrifft, sagte Notar Dr. Hohmann.

Nach den in Deutschland gültigen Gesetzen ist die „Aktive Sterbehilfe“,



# Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



also das Töten auf Verlangen, strafbar. Die „Passive Sterbehilfe“, das heißt, lebensverlängernde Maßnahmen werden auf Wunsch des Patienten abgebrochen, ist straffrei. Die „Indirekte Sterbehilfe“, die Verabreichung von schmerzlindernden Medikamenten, die auch eine lebensverkürzende Wirkung haben können, ist ebenfalls nicht strafbar.

Umstritten ist die Beihilfe zum Suizid. Sie ist grundsätzlich straffrei, allerdings untersagt es das Landesrecht der Ärzte in einigen Bundesländern, Menschen beim Sterben zu helfen. Auf diesen Punkt konzentriert sich der Regelungsbedarf, wie auch die Diskussion in der Gesprächsrunde bestätigte. Als Folge dieser Unsicherheit entsteht der zunehmende „Sterbetourismus“ in Europa.

Am Ende waren wir uns einig, dass es Geschäfte mit der Tötung nicht geben darf. Aber es muss eine Rechtssicherheit für die Ärzte her.

Vielen Dank meinen Gästen für die sehr persönliche, engagierte und sehr tief gehende Debatte! Es war ein sehr guter erster Gesprächsabend, dem sicher noch viele folgen werden.

## SCHNAPPSCHÜSSE



Vierkönigstreffen am 04.01. in Arnstein: Die Weihnachtspause ist vorbei, es geht wieder los. Verkehrspolitik, Flüchtlinge, Energie, ländliche Entwicklung und demographische Entwicklung waren die Themen dieser traditionellen, tollen Veranstaltung. Verdiente GenossInnen wurden für langjährige Treue zur SPD geehrt. Vielen Dank an dieser Stelle an all unsere Ortsvereine: Eure Arbeit vor Ort ist die Basis unserer Sozialdemokratie.



14.12.: Alle Jahre wieder! Crêpes-Stand der SPD Gemünden am Weihnachtsmarkt. Wir hatten nicht nur gute Gespräche und viele verkaufte Crêpes und Waffeln, sondern auch

ein neues Mitglied. Ein voller Erfolg also!



12.12.: Weihnachtsessen mit meinem Gemündener Büroteam im Löwen in Rieneck. Es hat toll geschmeckt! Wir kommen sicher wieder. Insbesondere die ungewöhnlichen Eiscreationen sind für sich genommen schon einen Ausflug hierher wert!

**Folge mir auf facebook  
(auch ohne facebook-Konto!):  
[www.facebook.com/  
BerndRuetzelMdB](http://www.facebook.com/BerndRuetzelMdB)**

**Mehr zu aktuellen  
politischen Themen und  
zu meiner Arbeit in Unter-  
franken und Berlin unter  
[www.bernd-ruetzel.de](http://www.bernd-ruetzel.de)**

Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



## VORZEIGE-RASSELBANDE AUS BÜRGSTADT!

Mit viel Gesang begrüßten mich die Kinder der Kita „Rasselbande“ in Bürgstadt und ihre Erzieherinnen. In Begleitung des 1. Bürgermeisters Thomas Grün **informierte ich mich vor Ort über die Umsetzung des Bundesprogramms „Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration“.**

In einem extra ausgestatteten Raum lernen hauptsächlich die Vorschulkinder in Kleingruppen zwei Mal in der Woche nach der Montessori-Pädagogik spielerisch, wie man lernen kann. Da die Sprache Grundlage für alles Lernen ist, erstreckt sich das Übungsfeld ergänzend auch auf Bereiche wie Mathematik und Geometrie. „Es ist immer wieder erstaunlich, wie schnell die Kinder lernen und Zusammenhänge umsetzen können“, sagt die erfahrene Erzieherin Rosi Breitenbach, die das Projekt durchführt und deren Stelle durch das Programm des Bundesministeriums für Familie Senioren Frauen und Jugend finanziert wird.

Die Leiterinnen erläuterten uns anhand einer Powerpoint-Präsentation das auf wissenschaftliche Grundla-

gen aufbauende pädagogische Konzept, das immer nur in enger Absprache mit den aus einem halben Dutzend Ländern stammenden Eltern durchgeführt wird. Mit den Ergebnissen aus Beobachtungen über den Lernfortschritt und dokumentierten Analysen könne man gegebenenfalls ganz individuell nachsteuern oder besondere Schwerpunkte setzen.

Die Erweiterung der Sprachkompetenz sei eine große Aufgabe, aber auch eine Riesenchance für die Kinder, stellten die Erzieherinnen übereinstimmend fest. Dass ihre durch das Familienministerium geförderte Arbeit Früchte trägt, zeigten die positiven Rückmeldungen aus der Grundschule. Abschließend äußerten die Kita-Leiterinnen den

Wunsch, künftig die Einrichtung, beziehungsweise Verlängerung solcher Förderprogramme etwas früher bekannt zu geben, damit Schwierigkeiten bei der Personalplanung vermieden werden können.

Ich nehme den Wunsch der Kita auf und habe ihn an Familienministerin Schwesig weiter gegeben. Echt toll, was hier geleistet wird!

**Die erfolgreiche Arbeit hier ist der Beleg dafür, wie wichtig die Sprachförderung als Grundlage für die Integration der Menschen und somit auch für die Chancengleichheit auf dem weiteren Lebensweg in unserer Gesellschaft ist.**





# Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



## BUNDESBEHINDERTEN- BEAUFTRAGTE BENTELE IN WÜRZBURG

Die Behindertenbeauftragte der Bundesregierung und ehemalige Spitzensportlerin Verena Bentele war Anfang Dezember auf meine Einladung hin zu Gast in Würzburg. Zuerst ging es in das Café Blind Date im Kilianeum, danach an die Ganztags-Grundschule Heuchelhof. Zwei sehr beeindruckende Termine mit einer sehr beeindruckenden Verena Bentele.

### Café Blind Date

Der erste Termin war mitten in der Stadt, im Kilianeum. Dort hat die Pfadfinderschaft St. Georg in den Räumen des Bistums Würzburg eine ganz besondere Einrichtung geschaffen: Bis zu 2.500 Gäste (vor allem Schulklassen) begrüßen die Mitarbeiter um Café-Leiter Frederik Merkt jedes Jahr in ihrem Café. Dort gibt es Kleinigkeiten zum Essen und warme und heiße Getränke. Was es nicht gibt: Licht.

**Denn das Café soll den  
Sehenden vor Augen führen,  
wie die Welt für Blinde aussieht.  
Nämlich: pechschwarz!**

Eine sehr beeindruckende Erfahrung. Wir wurden durch eine Licht-Schleuse hineingeführt, hielten uns am Vordermann fest, um nicht verloren zu gehen. Dann wurden wir an Tische geführt und bekamen zu Essen und Trinken. Ganz so, wie es hier mit den Schulklassen gemacht wird.

Frederik Merkt und Klaus Schätzlein (vom Café Dom@in, siehe Foto) erläuterten ihr Konzept: Neben der Stunde im pechschwarzen Café, das vor allem auch mit Hilfe von BuFDis, FSJlern und Jugendlichen aus dem Café Dom@in betrieben wird, bekommen die Besucher hier Einblicke in das Leben von Blinden und Sehgeschädigten.

Im Café Dom@in können die Besucher nach dem eindrucksvollen „Blind Date“ mit Brillen und Taststöcken experimentieren und so erfahren, wie Menschen mit eingeschränktem Sichtfeld die Welt sehen.

Auch die Gespräche mit sehbehinderten und blinden Mitarbeitern des Cafés sind beeindruckend. „Wer

hier war, der wird selbst noch viele Jahre später anders mit Sehbehinderten in seiner Umgebung umgehen“, ist sich Merkt sicher. „Und das ist auch unser Ziel: Wir wollen unsere Gäste sensibilisieren und ihnen verdeutlichen, was es heißt, die Welt nicht mit den Augen erfahren zu können. Viele Kinder und Jugendliche sind sehr aufgeschlossen und nehmen hier mehr mit als aus jedem Unterricht, in dem man dieses Thema trocken behandelt.“

**Verständnis für Menschen mit  
Behinderung – das ist das Ziel  
des Café Blind Date.**

Wir konnten uns vor Ort davon überzeugen, dass dieses Ziel Dank der großartigen Arbeit der Mitarbeiter hier tatsächlich erreicht wird. Und daher hatte ich Verena Bentele auch hierher eingeladen: als kleinen Dank und Wertschätzung der Arbeit im Café Blind Date.



Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



## Ganztags-Grundschule Heuchelhof

63 von 425 Kindern haben einen speziellen Förderbedarf, Klassen mit bis zu 80-90 Prozent an Kindern mit russischen Wurzeln sind keine Seltenheit, dazu ein Ganztags-Konzept, das es so kein zweites Mal in Bayern gibt – die Grundschule am Heuchelhof ist etwas ganz Besonderes. Um die mittlerweile über zehnjährige Inklusions-Arbeit zu würdigen, lud ich Verena Bentele hierher ein!

Rektorin Christine Dusolt und ihr Team begrüßten uns mit einem Ständchen des Kinderchors und selbst gebackenen Weihnachtsplätzchen. Danach wurde im Gespräch die Arbeit vor Ort vorgestellt. Besonders beeindruckt hat mich das Ganztagsangebot, das wirklich diesen Namen verdient. Hier an der Schule wird bis in den Nachmittag hinein unterrichtet, aber mit vielen Pausen und Freizeitangeboten zwischen den Stunden. Hier sind die Kinder wirklich den ganzen Tag bestens aufgehoben. Auch die Projektarbeit in den Freizeitstunden hat uns sehr beeindruckt.

Sechs bis zehn Kinder mit speziellem Förderbedarf gibt es hier pro Klasse, einige sogar mit persönlichen Schulbegleitern. „Die Kinder lernen hier



von Anfang an, dass das Zusammenleben mit behinderten Kindern etwas ganz normales ist. Sie erkennen die Stärken, die in jedem Kind stecken, und sehen natürlich auch die Schwächen. Nur so lernen sie, ganz selbstverständlich gemeinsam im Team die Aufgaben zu erledigen“, so Rektorin Dusolt.

Zur Sprache kamen am Ende natürlich auch die Wünsche an die Politik: Mehr Personal, um kleinere Klassen bilden zu können und Teamteaching als Regel statt als Ausnahme.

Teamteaching ist eine Unterrichtsform, bei der zwei oder mehrere Lehrer eine Unterrichtsstunde oder -einheit gemeinsam vorbereiten, durchführen, auswerten und gegebenenfalls weiterführen.

Teamteaching hilft, mehr Zeit für das einzelne Kind zu haben. Es gibt leider immer mehr verhaltenskreative Kinder und das bei immer anspruchsvollerem Lernstoff. Ein wirklich effektiver Unterricht mit mehr Zeit für das einzelne Kind ist meist nur mit zwei Lehrkräften möglich.

**Mehr zu aktuellen politischen Themen und zu meiner Arbeit in Unterfranken und Berlin unter [www.bernd-ruetzel.de](http://www.bernd-ruetzel.de)**